© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland Heft 74
Sigel WAB 74. 1986

Reflexionen zum Jahr 1945 "Schlaininger Gespräche 1985"

Eisenstadt 1986
Österreich
ISBN 3-85405-100-7

Felix Butschek

DIE WIRTSCHAFTLICHEN KONSEQUENZEN DES KRIEGSENDES - ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT 1938 BIS 1952

Das Ende eines viele Jahre dauernden Weltkrieges bedeutet für jede moderne Volkswirtschaft eine tiefgehende Zäsur. Selbst wenn der Staat ihn siegreich und ohne Zerstörung des eigenen Gebietes beendet hat, entstehen beträchtliche Anpassungsprobleme: Ein ganz erheblicher Teil der heimischen Ressourcen wird auf die Waffenproduktion konzentriert und fast alle jüngeren Männer stehen im Kriegseinsatz. Die Umstellung der Erzeugung auf die private Nachfrage sowie die Rückführung der Militärangehörigen in das Berufsleben belasten die Wirtschaftspolitik wie auch die einzelnen Wirtschaftssubjekte. Die Schwierigkeiten wachsen ins Ungemessene, wenn Produktionsanlagen und Infrastruktur zerstört und die im Frieden bestandenen Bande des Außenhandels zerrissen sind.

Österreichs Wirtschaft war im 20. Jahrhundert solchen Problemen zweimal ausgesetzt. 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und 1945 nach dem Zweiten. Doch unterschied sich die wirtschaftliche Situation des Landes beide Male erheblich, aber auch die ökonomische Entwicklung in der folgenden Friedensphase nahm einen ganz und gar unterschiedlichen Verlauf.

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Der Zerfall des Staatsgebietes

Die unmittelbaren Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft blieben 1918 vergleichsweise gering. Das Gebiet der Republik hatte nicht unter Einwirkungen des Kampfes zu leiden gehabt, sein Produktionsapparat war erhalten geblieben. Die indirekten Folgen freilich fielen stark ins Gewicht. Die Konzentration auf den militärischen Verbrauch führte nicht nur dazu, daß die Produktion in manchen Wirtschaftszweigen stark eingeschränkt worden oder gar zum Stillstand gekommen war, sondern auch daß entsprechende Erhaltungsinvestitionen nicht realisiert werden konnten. Das galt zwar nicht für die Rüstungsbetriebe, doch waren auch deren Produktionsmöglichkeiten zu Ende des Krieges dadurch beschränkt, daß der Hunger die Arbeitsfähigkeit der Belegschaften drastisch reduziert hatte, und es der Monarchie um diese Zeit eben nicht mehr möglich war, die notwendigen Rohstoffe sowie Energie in ausreichendem Maße zu importieren.[1)]

Ebenso gravierend erwiesen sich die Probleme, die sich aus dem Zerfall des Staatsgebietes ergaben. Die k.u.k. Monarchie hatte mit 51 Millionen Menschen ein umfassendes Wirtschaftsgebiet dargestellt. Die regionalen ökonomischen Disparitäten ebenso wie die natürlichen Standortvoraussetzungen waren die Ursachen dafür gewesen, daß das heutige Bundesgebiet Industriegüter und Dienstleistungen in die anderen Länder der Monarchie exportiert, wogegen es Nahrungsmittel und Brennstoffe von dort her eingeführt hatte. Diese innerstaatlichen Waren- und Leistungsströme wurden plötzlich zu solchen des Außenhandels. Das hätte grundsätzlich kein Problem bedeutet. Österreich wäre - wenngleich ungewohnter Weise - in keiner anderen Position gewesen, als jeder andere industrialisierte Kleinstaat. Die aktuelle Problematik bestand aber darin, daß in der unmittelbaren Nach-

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

kriegszeit Außenhandel nur in äußerst beschränktem Maße zustande kam. Dafür waren sicherlich in den Teilen der ehemaligen Monarchie auch Überlegungen maßgebend, die nationale Industrie auszubauen und gegen die österreichische Konkurrenz abzuschirmen. Entscheidend für die Außenwirtschaftspolitik nach dem Kriege blieb aber wohl der Umstand, daß auch wirtschaftlich ausgeglichenere Regionen, wie etwa die Tschechoslowakei, gleichfalls unter kriegsbedingten Mangelerscheinungen zu leiden hatten.[2] Die einzelnen Nachfolgestaaten übernahmen daher zunächst ein Außenhandelsregime, das jenem der späteren Kriegsjahre für den früheren Gesamtstaat entsprach. Der Außenhandel vollzog sich somit fast ausschließlich in staatlich initiierten und realisierten Kompensationsgeschäften, welche nicht annähernd ausreichten, um in Österreich den Mindestbedarf an Lebensmitteln und Energie zu decken. Ein Ausweichen auf andere - westliche - Märkte wurde durch Valutenknappheit erschwert. Da es aber nicht möglich war, ausreichend Rohstoffe und Energie zu importieren - die geringeren Mengen letzterer mußten zur Versorgung der Bevölkerung abgegeben werden - war die Industrie gar nicht in der Lage, die benötigten Exportgüter herzustellen.

Die österreichische Landwirtschaft, die in der k.u.k. Monarchie im Rahmen der regionalen Arbeitsteilung eher Subsistenzcharakter getragen, also vorwiegend nur für den eigenen Bedarf produziert hatte, befand sich grundsätzlich nicht annähernd in der Lage, den heimischen Nahrungsmittelbedarf zu decken.[3] Überdies aber war auch hier die Produktion durch den Mangel an Arbeitskräften, die im Militärdienst standen, während des Krieges permanent gesunken und erreichte 1919 den Tiefpunkt der Ernten mit der Hälfte des Ertrages von 1913. Es handelte sich im Falle von Energie und Nahrungsmitteln um einen existenziellen Importbedarf, der keinen Raum für wirtschaftspolitische Manipulationen zum

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Zwecke des Leistungsbilanzausgleiches ließ.

Weitere Schwierigkeiten brachten die finanz- und währungspolitischen Konsequenzen der Umstellung von einer Kriegs- auf die Friedenswirtschaft. Zwar konnte man angesichts der Güterknappheit vorerst nicht daran denken, die Güterbewirtschaftung vor allem im Bereich der Lebensmittel und der Energie aufzuheben, weil damit ein erheblicher Teil der Bevölkerung vom Erwerb auch der Mindestmenge von Nahrungsmitteln ausgeschlossen gewesen wäre, doch mittelfristig wollte man nicht nur die Bewirtschaftung abbauen, sondern es stellte sich die Frage der Entwicklung und Finanzierung des Bundesbudgets mit seinen Folgen für den Innen- und Außenwert der Währung. Ersteres Problem versuchte man durch Subventionierung der Grundnahrungsmittel zu lösen. Damit wurde aber das Budget zusätzlich belastet, welches nicht nur vorerst den Schuldendienst für die Kriegsanleihe, sondern auch die neueingeführte Arbeitslosenunterstützung zu tragen hatte. Die Finanzierung des dadurch entstandenen massiven Haushaltsdefizits über Kreditgewährung der Notenbank führte auch letztlich in die galoppierende Inflation.

Das Gewicht der Probleme - freilich auch traditionelle politische Ansätze - führten schließlich dazu, daß allgemein die Auffassung von der "wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit" Österreichs vertreten wurde. Eine solche Argumentation beruhte auf der Annahme, das Bundesgebiet werde niemals in der Lage sein die Leistungsbilanz auszugleichen, weil es in der Vergangenheit für den Gesamtstaat lediglich Dienstleistungsfunktionen erbracht hätte, welchen nunmehr die Basis fehle.[4)] Diese Kräfte sahen die Lösung im Anschluß an Deutschland, welcher vom damaligen Staatssekretär für Äußeres Bauer aber auch deshalb vehement verfolgt wurde, weil jener unter den gegebenen Umständen die Vereinigung

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

mit einem sozialistischen Deutschland bedeutet hätte.

Die Zerstörung der Produktionsanlagen

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen nach dem Zweiten Weltkrieg schienen in vieler Hinsicht erheblich schlechter zu sein, als nach dem Ersten. Auch diesmal hatte man alle Ressourcen auf den Krieg konzentriert, auch diesmal reduzierte der Hunger die Arbeitsfähigkeit der vorhandenen Arbeitskräfte, doch kamen nunmehr umfangreiche Zerstörungen hinzu. Die schweren Bombardements wie in Ostösterreich auch die Bodenkämpfe hatten nicht nur beträchtliche Teile der Produktionsanlagen zerstört, sondern auch die Infrastruktur. Ein Drittel aller Eisenbahnstrecken wurde vernichtet und 6 Prozent aller Brücken, der Fuhrpark der Bahn wie jener der Straße beträchtlich reduziert. Von 1.9 Millionen Wohnungen waren 76.000 ganz und 101.000 teilweise zerstört. Die Produktionskapazitäten der Industrie dürften zwar ungefähr jenen von 1937 entsprochen haben, was freilich bedeutete, daß die ganz beträchtlichen Investitionen seither per Saldo verloren gegangen waren.[5)]

Dazu kam, daß - ebenso wie nach dem Ersten Weltkrieg - die Ströme des internationalen Handels unterbrochen waren. Sieht man jetzt von den Problemen der Leistungsbilanz ab, dann bedeutete dieser Umstand, daß auch die reduzierten Produktionsmöglichkeiten durch Mangel an Energie und Rohstoffen nicht ausgenützt werden konnten aber es darüberhinaus wieder schwer möglich war, die Bevölkerung durch Importe angesichts der Tatsache einigermaßen zu ernähren, daß die inländische Ernte 1945 wieder kaum die Hälfte jener von 1937 erreichte. Die Situation wurde nach dem Zweiten Weltkrieg noch dadurch verschärft, daß auch das Staatsgebiet selbst infolge der Besatzungszonen aufgeteilt worden war und diese Zonen voneinander zunächst hermetisch abgeriegelt

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

wurden. Daher vollzog sich der Wirtschaftsverkehr innerhalb Österreichs gleichfalls zunächst wie im Außenhandel - nach den damaligen Gegebenheiten - also durch Tauschgeschäfte.

Noch bevor sich der neuen Bundesregierung überhaupt die Fragen der Budgetfinanzierung stellten, sah sie sich einer latent inflationären Situation gegenüber. Im Rahmen des von den Deutschen praktizierten Wirtschaftssystems, in welchem die Preise fixiert blieben und die meisten Güter mengenmäßig zugeteilt wurden, war die Geldmenge während des Krieges dramatisch gewachsen, sodaß nach 1945 einem gegenüber 1937 beträchtlich verringerten Sozialprodukt die vierfache Geldmenge gegenüberstand.

Auch diesmal war das österreichische Bundesgebiet wieder aus einer weitaus größeren Wirtschaftsregion herausgelöst worden, wenngleich die Integration nur für einen relativ kurzen Zeitraum und überwiegend unter den Ausnahmsbedingungen des Krieges erfolgt war.

Alles in allem schien die Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg erheblich schlechter zu sein, als nach dem Ersten. Doch vermittelt die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Ende der beiden Kriege ein ganz anderes Bild! So wurde das Vorkriegsniveau nach dem Ersten Weltkrieg etwa zehn Jahre nach Kriegsende erreicht, nach dem Zweiten Weltkrieg war das schon nach etwa fünf Jahren gelungen. 20 Jahre nach Kriegsende war man nach dem Ersten Weltkrieg auch nicht viel weiter gekommen, als 1913; nach dem Zweiten lag das Brutto-Inlandsprodukt zweieinhalb mal so hoch. Die zwei Jahrzehnte, die 1918 folgten, kannten kein "danach", nach 1955 setzte sich das stürmische wirtschaftliche Wachstum ungebrochen bis in die siebziger Jahre fort. Wie also ist das jeweilige Kriegsende tatsächlich zu bewerten und welches sind die Ursachen dieser sehr unterschiedlichen Entwicklungen?

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Tabelle 1:

Brutto-Inlandsprodukt Österreichs 1913 bis 1955

	Reales Brutto-Inlandsprodukt1)	
	insgesamt Mill.S	Veränderung gegen das Vorjahr in Prozent	1913=100
	Zu Preisen von 1937		
1913	10.802	-	-
1920	7.175	-5,7 2)	66,4
1921	7.942	+10,7	73,5
1922	8.657	+9,0	80,1
1923	8.562	-1,1	79,3
1924	9.565	+11,7	88,5
1925	10.211	+6,8	94,5
1926	10.378	+1,6	96,1
1927	10.697	+3,1	99,0
1928	11.194	+4,6	103,6
1929	11.358	+1,5	105,1
1930	11.042	-2,8	102,2
1931	10.154	-8,0	94,0
1932	9.107	-10,3	84,3
1933	8.803	-3,3	81,5
1934	8.875	+0,8	82,2
1935	9.056	+2,0	83,8
1936	9.321	+2,9	86,3
1937	9.822	+5,4	90,9
	Zu Preisen von 1954		
1937	63.610	-	-
1938	71.752	+12,8 3)	102,6
1939	81.295	-13,3 3)	116,2
1940	79.181	-2,6 3)	113,2
1941	84.882	+7,2 3)	121,3
1942	80.638	-5,0 3)	115,3
1943	82.573	+2,4	118,0
1944	.	.	.
1945	.	.	.
1946	40.692	.	58,2
1947	44.887	-10,3	64,2
1948	56.951	+26,9	81,4

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

1949	67.719	+18,9	96,8
1950	76.110	+12,4	108,8
1951	81.310	+ 6,8	116,2
1952	81.345	+ 0,0	116,3
1953	84.937	+ 4,4	121,4
1954	93.592	+10,2	133,8
1955	104.338	+11,5	149,1

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt. - 1) Die realen Veränderungen pro Jahr sowie die Indexwerte 1913 = 100 wurden vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung nach obiger Quelle berechnet. - 2) Durchschnittliche Veränderung pro Jahr. - 3) F. Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Wien 1978.

Die Bewertung der Ausgangsbedingungen

1. Zunächst neigt man allgemein dazu, die Auswirkungen von Zerstörungen in Produktions- und Infrastrukturanlagen zu überschätzen. Die Regenerationsfähigkeit einer Industriewirtschaft ist nämlich außerordentlich. Solches konnte man schon während des Krieges beobachten, als es trotz aller gegebenen Einschränkungen, im allgemeinen schon nach kurzer Zeit gelang, zerstörte Produktions- und Infrastrukturanlagen wieder in Stand zu setzen. Gerade in jüngster Zeit wird vor allem im Zusammenhang mit den afrikanischen Staaten klar, daß der entscheidende Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eine gut ausgebildete und motivierte Bevölkerung ist und erst in zweiter Linie die materiellen Gegebenheiten. Überdies hatte die Zerstörung nicht alle Industrien und Regionen in gleicher Weise betroffen. So lag beispielsweise die Produktionskapazität der E-Wirtschaft 1945 höher als 1937[6)] und die westlichen Bundesländer waren von den Kriegszerstörungen weniger mitgenommen als die östlichen.

2. Natürlich ist für die Entwicklung der Nachkriegswirtschaft die Situation der Friedenszeit nicht gleichgültig.

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Diese schien vor dem Ersten Weltkrieg günstig, da die Jahre davor durch eine kräftige Konjunktur charakterisiert waren. Demgegenüber blieb das Kennzeichen der letzten Jahre in der Ersten Republik die Stagnation. Ebenso wie in vielen westlichen Ländern war es nicht gelungen, sich aus der Weltwirtschaftskrise zu lösen. Eine solche Betrachtungsweise übersähe allerdings vollkommen die ökonomischen Konsequenzen der deutschen Okkupation. Das Deutsche Reich hatte seit Machtantritt der Nationalsozialisten eine auf Rüstung konzentrierte, expansive Wirtschaftspolitik betrieben, die durch Außenhandelsregulierung und Devisenbewirtschaftung gegen das Ausland abgesichert worden war. Diese politische Linie wurde 1938 auch in Österreich verfolgt - für den "Anschluß" waren ja die Rohstoffe sowie die unausgelasteten Kapazitäten Österreichs ein wesentliches Motiv gewesen - mit der Konsequenz einer explosiven Wirtschaftsentwicklung: 1938 wuchs das österreichische Brutto-Inlandsprodukt real um 12,8 Prozent, 1939 um 13,3 Prozent. Diese Einkommensverbesserungen waren durch den Krieg natürlich wieder verloren gegangen; das galt jedoch nicht für die Investitionen, die von den Deutschen in Österreich während der Besetzungszeit vorgenommen worden waren. Diese bewirkten eine Reihe wesentlicher struktureller Umstellungen. Das Schwergewicht der österreichischen Industrie verlagerte sich dadurch von der traditionellen Konsumgütererzeugung zu den Grundstoffen, Vormaterialien, dauerhaften Konsumgütern und zur Bauwirtschaft. Dabei gingen vor allem in den erstgenannten Bereichen die Kapazitäten weit über die Inlandsnachfrage hinaus. Gerade diese Betriebe wurden die Träger des österreichischen Nachkriegsexports. Eine weitere Strukturverschiebung vollzog sich in Richtung des effizienten Großbetriebes. Parallel dazu ergab sich auch eine regionale Umschichtung nach Westösterreich, die sicherlich eine bessere Ausschöpfung lokaler Arbeitskraftreserven ermöglichte sowie für die weltwirtschaftliche

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Lage nach 1945 Standortvorteile schuf. Die Besetzungszeit führte vermutlich auch zu erheblichen Investitionen in "human capital". Die Erfahrung eines kurzen, aber explosiven Booms, das Kennenlernen der technisch-organisatorischen Basis der seit mehreren Jahren auf Hochtouren laufenden Wirtschaft einer industriellen Großmacht vermittelte Kenntnisse und Verhaltensweisen, die in der Nachkriegszeit wirksam wurden.

Letztlich bedeutete der "Anschluß" aber auch eine grundlegende regionale Umstellung des österreichischen Außenhandels, eine prinzipielle Gewichtsverlagerung vom Osten nach Westen: dieser Prozeß war in der Ersten Republik allmählich in Gang gekommen. Der "Anschluß" erzwang eine totale Umorientierung, der dominierende Außenhandelspartner wurde Deutschland. Diese Umstellung mußte in dem Augenblick eine solche zu den westlichen Industriestaaten bedeuten, in dem Deutschland deren integrierender Bestandteil geworden war. Damit kamen eine Produktions- und Betriebsstruktur sowie ein technisches Niveau zustande, welche es Österreich ermöglichten, sich auf den westlichen Märkten durchzusetzen.[7)]

3. Man kann sicherlich nicht sagen, daß die politischen Verhältnisse der Ersten Republik nach dem Kriege instabil gewesen seien, doch wird die österreichische Regierung zu jenen "schwachen" gerechnet, die nicht in der Lage waren, aus Eigenen das binnen- und außenwirtschaftliche Gleichgewicht der Volkswirtschaft herzustellen.[8)] Die Regierungen der zweiten Nachkriegszeit waren nun sicherlich insofern stabiler, als die Erfahrungen der Vorkriegs- und Kriegszeit sowie das Vorhandensein der Besatzungsmächte zu einer bewußten Zusammenarbeit führen.

Wesentlich scheint jedoch die allgemeine Einstellung der

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Bevölkerung gewesen zu sein. Die Zeit nach 1918 war eben durch einen Zug von Resignation geprägt, der in der Lebensunfähigkeitsthese gipfelte. Ganz anders nach dem Zweiten Weltkrieg: alle betrachteten den wiedergeborenen Staat mit Vertrauen, und das Ausmaß der Verwüstungen hielt niemand davon ab, entschlossen an die Arbeit zu gehen!

4. Schließlich gelang es, im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, das System der Wirtschaftslenkung und Rationierung noch geraume Zeit funktionierend zu erhalten. Das war nicht nur deshalb von wesentlicher Bedeutung, weil die Grundbedürfnisse der Bevölkerung auch weiterhin in gleicher Weise befriedigt werden konnten, sondern weil dadurch auch der Wirtschaftspolitik größere Bewegungsmöglichkeiten vermittelt wurden: so gelang es weiterhin durch Preisstop die Inflation zurückzustauen - zumindest im Wesentlichen. Durch die strenge Devisenbewirtschaftung und Außenhandelsregulierung wurden gleichfalls inflationäre Gefahren gebannt sowie Probleme der Leistungsbilanz gelöst.

Die zentrale Funktion der Auslandshilfe

Wiewohl sich also die ökonomische und politische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg bei näherer Betrachtung als günstiger erwies, als der äußere Anschein erwarten ließ, kann es keinen Zweifel darüber geben, daß die wirtschaftlichen - und auch politischen - Erfolge nach 1945 ohne ausländische Hilfe nicht in diesem Ausmaß möglich gewesen wären! Nun ist es unzutreffend zu sagen, daß es nach dem Ersten Weltkrieg keine ausländische Wirtschaftshilfe gegeben habe. Die Regierung Renner hatte sich, da sie sich außer Stande sah, die Versorgung Wiens mit Nahrungsmitteln sicherzustellen, an die Alliierten um Hilfe gewandt. Diese reagierten auch durch Entsendung einer Kommission, welche Lebensmittellieferungen in Gang setzte. Die Notwendigkeit,

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

die österreichische Situation zu erleichtern, wurde von immer mehr Siegerstaaten, neutralen Mächten und Hilfsorganisationen erkannt, da sich sehr viele davon an solchen Lieferungen sowie an Kreditaktionen beteiligten. Dafür waren freilich nicht nur humanitäre, sondern auch außenpolitische Gründe maßgebend: die Westmächte fürchteten eine Ausbreitung des ungarischen Rätesystems auf Österreich.[9] Insgesamt sollen Österreich 1919 und 1920 Waren im Werte von 26.7 Millionen Pfund zugeflossen sein.[10] Weiters flossen Österreich in den folgenden Jahren ausländische Kredite zu: so ein englischer 1922 und schließlich der international garantierte Kredit von 650 Millionen Goldkronen, welcher Bestandteil der sogenannten Genfer Sanierung war.

Nun läßt sich zwar der Hilfscharakter von Krediten vor allem dann diskutieren, wenn deren Verzinsung durchaus dem internationalen Standard entspricht, wenn aber das Gläubigerland auf den internationalen Märkten aus eigener Initiative keinen solchen mehr erlangen kann, wird man diese Eigenschaft nicht ganz leugnen können, auch wenn die Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg ganz anders war. Diese zeigte dann auch ein sehr unterschiedliches Bild.

Es mag zunächst verblüffen, wenn festzustellen ist, daß die erste wirtschaftliche Hilfe durch die Besatzungsmächte geleistet wurden. Gewiß belasteten sie zunächst das Land, indem sie dessen Infrastruktur zusätzlich in Anspruch nahmen und - beschränkt - auch dessen Ressourcen durch die Ausgabe von "Besatzungsschillingen", man soll aber nicht übersehen, daß sie auch mit der Besetzung des Bundesgebietes die volle politische aber großteils auch die wirtschaftliche Verantwortung übernahmen. Das bedeutete, daß sie auch für die Sicherstellung einer gewissen Mindestversorgung der Bevölkerung Sorge trugen. Nur in Nieder-

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

österreich entzog sich die sowjetische Besatzungsmacht dieser Aufgabe. Alle wirkten jedoch wesentlich am Aufbau der österreichischen Infrastruktur mit.

Entscheidend für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft wurde der Umstand, daß insbesonders die USA, aber auch Großbritannien für die Nachkriegszeit eine globale politische wie ökonomische Friedensordnung ins Auge gefaßt hatten. Der schwere Schock der Weltwirtschaftskrise, wie die Erweiterung des ökonomischen Wissens führte zur Schaffung eines Systems internationaler Wirtschaftsbeziehungen, welches unter dem Namen jenes von "Bretton Woods" bekannt geworden ist. Dieses relativ umfassende, über das genannte Abkommen weit hinausgehende System umschloß große Bereiche wie Geld- und Währungspolitik Außenhandelspolitik sowie Konjunktur- und Beschäftigungspolitik. Die in dem zitierten, aber auch in anderen Abkommen fixierten Regeln besagten, daß die dem System angehörenden Staaten bestimmte Verpflichtungen auf sich zu nehmen hätten.

Es beruhte auf dem Grundsatz des freien Flusses von Waren, Dienstleistungen und Zahlungen, ging aber in seiner Zielsetzung noch insoweit darüber hinaus, als es auch für die binnenwirtschaftlichen Aktivitäten der Staaten gewisse Prioritäten vorgab. Um das Funktionieren des Systems zu gewährleisten wurden bestimmte Regeln festgelegt. So waren fixe Wechselkurse vorgesehen, und die Länder wurden verpflichtet, auch ihre Geldpolitik auf deren Erhaltung auszurichten. Dieses Ziel war bei voller Konvertibilität der Währungen zu verfolgen. Der Außenhandel hatte sich auf Basis der Nichtdiskriminierung, also unter Beachtung der Meistbegünstigung zu vollziehen. Der weitgehende Abbau von Handelshemmnissen tariflicher und nichttariflicher Art wurde angestrebt: der Einsatz solcher Mittel im Falle von Leistungsbilanzschwierigkeiten war untersagt. Dennoch wurde

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

von jeder Regierung erwartet, daß sie Vollbeschäftigung, gleichzeitig aber Preisstabilität und eine ausgeglichene Leistungsbilanz anstrebe; letzteres jedoch allein durch wirtschaftspolitische Maßnahmen im Inland. Dieser Verhaltenskodex erhielt seine Basis aber dadurch, daß alle teilnehmenden Länder die gesetzten Ziele nicht nur gemeinsam anstreben, sondern einander im Verfolgen dieser Bemühungen beistehen würden.[11)] Der Internationale Währungsfond (IMF) sowie die Weltbank waren Ausdruck der Bereitschaft zur gegenseitigen Unterstützung. Nichtdiskriminierung und Beseitigung der Handelshemmnisse wurden im Herbst 1947 im "General Agreement on Tariffs and Trade" (GATT) festgelegt.

Natürlich bedeuteten alle diese Abkommen und Institutionen bestenfalls ein Versprechen für die Zukunft. Sie unterstellten eine "normale" internationale Wirtschaft; also eine solche, welche die Kriegsschäden beseitigt habe und sich tendenziell im binnen- wie außenwirtschaftlichen Gleichgewicht befände. Davon konnte zum Zeitpunkt, da IMF und Weltbank ihre Tätigkeit aufnahmen, keine wie immer geartete Rede sein. Nun hatten die Vereinigten Staaten durchaus eine derartige Entwicklung vorausgesehen. Es war ihnen klar, daß vor allem die vom Krieg verheerte europäische Wirtschaft zunächst wiederaufgebaut werden mußte, bevor die neue internationale Wirtschaftsverfassung Wirklichkeit werden könnte. Dieses Ziel versuchten sie auf zweierlei Weise zu erreichen. Zunächst wurde eine Organisation der Vereinten Nationen geschaffen, die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration), deren Aufgabe es war, durch unentgeltliche Lieferungen von Lebensmitteln und Saatgut die unmittelbare Not der Nachkriegszeit zu mildern und auf diese Weise den Staaten von der Leistungsbilanz her Bewegungsspielraum zum Wiederaufbau zu schaffen. Der zweite - traditionelle - Weg bestand im

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Einräumen recht umfangreicher Kredite. Bis 1947 gewährten die USA den europäischen Ländern solche in der Höhe von insgesamt 10 Milliarden Dollar.[12)]

Diese Methode schien sich auch zu bewähren. Das Jahr 1946 erbrachte beträchtliche Erfolge für die europäischen Wirtschaften. Der Wiederaufbau schien zügig vonstatten zu gehen. Doch erfolgte 1947 ein Rückschlag, der damit erklärt wurde, daß der Winter 1946/47 außergewöhnlich streng gewesen sei und ihm überdies eine schlechte Ernte gefolgt wäre. Die Krise des Jahres 1947 wurde politisch noch dadurch verschärft, daß sich die neu geschaffenen Institutionen der internationalen Währungsordnung von Bretton Woods außer Stande sahen, den europäischen Staaten in dieser Situation Hilfe zu leisten. Dazu gesellte sich noch ein weiterer - sehr gewichtiger - politischer Aspekt. Die USA waren bei ihren Initiativen zur Schaffung einer Friedens- und Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Krieg von der Vorstellung einer einheitlichen Welt ausgegangen, in welcher es möglich sein werde, diese Ziele auf der Basis von Nationalstaaten mit funktionierender parlamentarischer Demokratie oder zumindest von vertrauensvoller Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Systeme zu realisieren. Diese Vorstellung erwies sich jedoch als vollkommen verfehlt. Die USA sahen sich seit Kriegsende in der Sowjetunion nicht nur einem System gegenüber, daß den eigenen Vorstellungen kraß widersprach, sondern - entgegen manchen Erwartungen - nicht die geringste Neigung zeigte sich der Demokratie anzunähern. Dieses System interpretierte die Vereinbarungen von Jalta über die wechselseitigen Einflußsphären in der Weise, daß die betreffenden Staaten dem kommunistischen System eingegliedert und darüber hinaus Initiativen entwickelt wurden, auch in Staaten der westlichen Einflußsphäre wie in Italien und Frankreich Fuß zu fassen.[13)]

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Alle diese Tatsachen veranlaßten die Vereinigten Staaten zu handeln. Zwar hielten sie an ihrem ursprünglichen Ziel insoweit fest, als das neue liberale Wirtschaftssystem politisches Ziel blieb, freilich mit der wesentlichen Modifikation, daß es nicht mehr eine Weltwirtschaftsordnung sein konnte, da die Sowjetunion und die ihr alliierten Staaten daran nicht teilnehmen würden. Darüber hinaus ließen die USA den Weltordnungsaspekt dadurch noch weiter in den Hintergrund treten, als sie ihre außenwirtschaftspolitischen Maßnahmen auf Europa konzentrierten.

In seiner Rede vom 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität skizzierte der amerikanische Außenminister Marshall die neue Form der amerikanischen Wirtschaftshilfe für Europa. Diese wurde durch zwei Chrakteristika geprägt: zunächst wurde der weitaus überwiegende Teil der Hilfen den betroffenen Staaten großteils als Geschenk zur Verfügung gestellt, allerdings auf eine solche Weise, daß die Käufer von Gütern aus dem Dollarraum deren Preis in der Landeswährung in einen "Counterpart-Fonds" an der jeweiligen Notenbank einzahlten, und jener, die ihm auf diese Weise zugeflossenen Mittel als niedrig verzinste, langfristige Kredite im Zusammenhang mit der amerikanischen ERP-Verwaltung Investoren zur Verfügung stellte.

Damit war ein entscheidender Bestimmungsgrund für die österreichische Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben. Das Gelingen der wirtschaftlichen Rekonstruktion aller westlichen Industriestaaten war explizit nicht nur zum Ziel der weitaus stärksten Wirtschaftsmacht der Welt erklärt worden, sondern zu jenen der gemeinschaftlichen Bemühungen dieser Staaten. Der Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft wurde somit nicht nur direkt durch ausländische Wirtschaftshilfe alimentiert, sondern vollzog sich auch im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten aller west-

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Tabelle 2:

Auslandshilfe an Österreich

	Summe 1945–1955	davon 1945–1946	1947	1948	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955[4]
						Mill. Dollar					
ERP-direkte Hilfe	686,8	–	–	94,3	194,2	119,5	127,6	91,4	38,5	19,8	1,5
ERP-indirekte Hilfe.....	269,6	–	–	3,3	95,6	83,1	76,0	11,6	–	–	.
UNRRA.....	135,6	91,6	44,0	–	–	–	–	–	–	–	.
USA, War-Department.....	38,0[1]	.	38,0	–	–	–	–	–	–	–	.
Kongreß- und Interimshilfe	156,1[1]	.	54,6	101,5	–	–	–	–	–	–	.
Kanadahilfe.....	3,4	–	–	3,4	–	–	–	–	–	–	.
Beute- und Überschußgüter.	86,9[1]	.	30,7	56,2	–	–	–	–	–	–	.
Liebesgaben.....	69,5	.	29,9	19,6	9,3	4,1	2,4	2,4	1,8	–	.
Sonstige Hilfslieferungen.	55,6	24,8[2]	28,2	1,5	1,0	0,1	–	–	–	–	.
Insgesamt...	1.585,1	200,0[2]	225,4	279,8	300,1	206,8	206,0	105,4	40,3	19,8	1.5

1) Ohne ev. Lieferungen 1945 und 1946. – 2) Alliiertenhilfe. – 3) Schätzung. – 4) Jänner bis April.

Q: F. Nemschak, Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945 – 1955, Wien 1955

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

europäischen Staaten und - wie sich später erweisen sollte - in einem extrem expansiven Wirtschaftsklima.

1948 setzte dann die ERP-Hilfe voll ein, erreichte ihren Höhepunkt 1949, dauerte bis 1952 und lief in den folgenden Jahren aus. Bereits im Herbst 1945 hatte die UNRRA bis 1948 die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in entscheidendem Ausmaß übernommen, aber auch Saatgut und Düngemittel zu Verfügung gestellt. Dazu kamen auch noch amerikanische und englische Hilfslieferungen offiziellen und privaten Ursprungs sowie anderer westlicher Staaten.

Die Effekte der Auslandshilfe

Versuchte man die Auswirkungen der Auslandshilfe am Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts zu messen, wären sie in der Tat frappierend: Denn zwischen 1946 und 1950 verdoppelte es sich nahezu. Nun läßt sich dieses explosive Wirtschaftswachstum sicherlich nicht nur der Wirtschaftshilfe zuschreiben, dafür sind auch eine Reihe anderer Faktoren maßgebend wie etwa der Wiederaufbaueffekt - zerstörte Anlagen wurden allmählich in Stand gesetzt, das kräftige Wirtschaftswachstum der Nachbarn usw., doch ist anderseits in Österreich eine Diskussion darüber ob die ERP-Hilfe den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft ermöglicht oder nur begünstigt habe, wie sie sich für die Bundesrepublik Deutschland ergeben hat,[14)] schwer vorstellbar. Das liegt zunächst an deren - relativen - Umfang. Österreich flossen knapp eine der rund 13 Milliarden Dollar zu, welche im Rahmen des ERP insgesamt verteilt wurden. Das war pro Kopf der Bevölkerung der zweithöchste Satz unter den OEEC-Staaten. Lediglich Norwegen erhielt geringfügig mehr.

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Damit übertraf auch der Anteil der ERP-Hilfe am österreichischen Sozialprodukt bei weitem jenen anderer Staaten, wiewohl er nicht ohne weiteres feststellbar ist. Seidel schätzt die Quote der Hilfsleistungen 1949 mit etwa 300 Millionen Dollar auf 7 Prozent bis 18 Prozent des österreichischen Brutto-Nationalproduktes. Letzteres, wenn man den damaligen "Einheitskurs" des Dollars von 21,36 Schillingen zugrunde legte, ersteres, wenn man die durch die Preisregelung beeinflußten Kaufkraftparitäten berücksichtigte.[15)]

Wie immer man die Berechnung vornimmt, scheint zunächst eine Hilfe in der Größenordnung um 10 Prozent angesichts jährlicher Wachstumsraten, die in manchen dieser Jahre um einiges über diesem Satz lagen, kaum von zentraler Bedeutung zu sein. Eine solche globale Betrachtungsweise führt jedoch in die Irre. Das entscheidende Gewicht erhielt die Hilfe dadurch, daß Waren in den USA oder in anderen OEEC-Staaten gekauft werden konnten, welche sowohl für die Versorgung der Bevölkerung wie auch für jene der Industrie entscheidenden Charakter trugen und damit überhaupt erst die Voraussetzungen für eine entsprechende Produktionssteigerung geschaffen wurden. Weiters ermöglichte diese Hilfe eine Investitionsrate, die weit über jene hinausging, welche durch die inländische Sparquote - und die Möglichkeiten ausländischer Kredite - gegeben gewesen wäre.

Das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen der österreichischen Volkswirtschaft war somit erheblich größer als das Volkseinkommen, ohne daß mit den negativen Konsequenzen einer passiven Leistungsbilanz hätte gerechnet werden müssen. Die Hälfte bis drei Viertel der österreichischen

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Tabelle 3:

Verteilung der ERP-Hilfe auf die teilnehmenden Staaten

	Netto-Auslandshilfe Mill. Dollars	Bevölkerung Mill. Personen	Auslandshilfe pro Kopf Dollar
Belgien/Luxemburg	109,4	8,6	12,3
BRD	1.290,7	69,5	18,6
Dänemark	297,0	4,3	69,0
Frankreich	2.990,3	42,0	71,3
Griechenland	1.015,1	8,0	128,4
Großbritannien	2.699,1	50,6	53,3
Irland	146,2	3,0	48,7
Island	29,7	.	.
Italien	1.388,5	46,3	30,1
Jugoslawien	109,3	16,1	6,8
Niederlande	1.124,3	10,1	111,3
Norwegen	437,2	3,3	136,6
Österreich	909,1	6,9	131,7
Portugal	60,4	8,5	7,1
Schweden	20,4	7,0	2,9
Türkei	301,7	.	.
	13.368,2		

Q: G. Bischof, Foreign Aid and Post-World War II Economic Recovery: The Case of Austria, 1945-1952, Harvard University, 1983.

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Einfuhr entfiel zu jener Zeit auf die ausländischen Hilfslieferungen. Obwohl 1948 und 1949 die Nahrungsmittelversorgung der österreichischen Bevölkerung erst rund 80 Prozent des Vorkriegsniveaus erreicht hatte, konnten nur gut zwei Drittel davon durch die Inlandsproduktion gedeckt werden. Und von den zur Ergänzung notwendigen Einfuhren entfielen wieder mehr als drei Viertel auf Hilfslieferungen.

Ebenso eindrucksvoll präsentiert sich die Wirkung der ERP-Hilfe auf die Investitionen. Ende der vierziger Jahre entfielen rund 30 Prozent der Brutto-Investitionen oder sogar 60 Prozent der Netto-Investitionen auf counterpart-Mittel.[16)] Hatte die Investitionsquote am Konjunkturhöhepunkt 1929 9,6 Prozent des realen verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens erreicht und verharrte sie 1937 bei 9,4 Prozent, betrug sie 1948 schon 13,7 Prozent und stieg bis 1952 auf 20,9 Prozent.

Die Charakteristika der Wiederaufbauphase

Versucht man die Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bis 1952 zu charakterisieren, dann lassen sich etwa folgende Merkmale hervorheben: das Wirtschaftswachstum vollzog sich - wie schon gesagt - in außerordentlichem Tempo. Gegenüber 1946 hatte sich das Brutto-Inlandsprodukt 1952 real verdoppelt. Zu diesem Zeitpunkt war das Niveau von 1913, 1929 und 1937 übertroffen und jenes von 1939 erreicht worden. Dieses Wachstum war im hohen Maße die Folge der außergewöhnlichen hohen Investitionsquote.

Aber nicht nur die Verwendung des Sozialprodukts veränderte sich gegenüber der Zwischenkriegszeit erheblich, auch vollzog sich das allgemeine Wachstum mit ganz anderen Schwergewichten als damals. Hatte es nach dem Ersten Weltkrieg eine Stagnation von Industrie und Bauwirtschaft

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

gegeben, vollzog sich die Expansion nunmehr gerade in diesen Bereichen. 1946 erreichte die Wertschöpfung der Industrie gerade die Hälfte jener des Jahre 1937, 1948 lag sie bereits bei 93.3 Prozent und 1952 war sie um 65.1 Prozent höher. Noch weit stärker entwickelte sich die Bauwirtschaft, welche 1946 89.8 Prozent des Niveaus von 1937 erbrachte, 1948 aber schon um 61.8 Prozent und 1952 bereits um 167.5 Prozent mehr. Die Energieproduktion hatte schon 1946 den respektablen Wert von 152.4 verglichen mit 1937 erreicht, vermochte sich bis 1952 aber noch auf 302.8 Punkte zu steigern. Dagegen fielen im produzierenden Sektor nur das Gewerbe, vor allem aber die Landwirtschaft ab, welche trotz hohen Bedarfs nach ihren Produkten 1952 erst knapp die im Jahre 1937 erzielte Wertschöpfung erreichte. Im Dienstleistungsbereich zeigte nur jener Zweig expansive Tendenzen, der mit der Produktion direkt verbunden ist, nämlich der Verkehr. Dieser hatte bereits 1946 durch hohe Kapazitätsauslastung die Leistung des Jahres 1937 (=100) leicht übertreffen können (104.9), vermochte diese aber bis 1952 noch auf 177.0 zu steigern. Demgegenüber fielen fast alle übrigen Dienstleistungszweige mehr oder minder stark ab.

Österreich vollzog in dieser Phase eine dramatische Wende zum Industriestaat. Wenn es auch zu den Industriezentren der Monarchie gezählt hatte, verfügte es durch Wien doch stets auch über ein hochentwickeltes Dienstleistungszentrum, welches diesem Sektor ein relativ hohes Gewicht sicherte. Nach dem Ersten Weltkrieg verschob sich die Struktur der österreichischen Wirtschaft teils infolge der industriellen Stagnation, teils infolge der Spekulationswellen jedoch noch stärker zum Dienstleistungssektor; eine Tendenz, die bis zum Ende der Ersten Republik nur zum Teil korrigiert wurde. 1937 entfielen lediglich 37.5 Prozent der Wertschöpfung auf den industriell-gewerblichen Sektor und immerhin 40.7 Prozent auf die Dienstleistungen. 1952

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

erbrachte der erstere 47.1 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts, wogegen der tertiäre Sektor nur 36.6 Prozent dazu beitrug.

Von ganz wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wie der Gesellschaft überhaupt wurde ein Vorgang, von dem sich die Periodisierung dieser Nachkriegsjahre ableitet: wenn nämlich von der Wiederaufbauphase bis 1952 gesprochen wird, dann nicht nur deshalb, weil in diesem Jahr das Niveau vieler charakteristischer Bezugspunkte überschritten wurde, weil die ERP-Hilfe im wesentlichen auslief die Inflation beendet und die Leistungsbilanz ohne Auslandshilfe ausgeglichen werden konnte, sondern weil in diesem Jahr die kriegsbedingten Bewirtschaftungsmaßnahmen aufgehoben wurden, und man seit damals davon sprechen kann, daß Österreich ein marktwirtschaftlich orientiertes Land ist. Dieser Abbau der Bewirtschaftung nahm jedoch einen spezifischen Verlauf und vollzog sich unter Umständen, die tiefgehende Auswirkungen zeigten.

Zunächst läßt sich sagen, daß in Österreich dieser Prozeß erheblich länger dauerte, als in den meisten anderen westeuropäischen Staaten und zwar deshalb, weil die Bewirtschaftung ein wesentliches Element der österreichischen Wirtschaftspolitik geworden war. Einleitend ist darauf hingewiesen worden, daß zu Kriegsende ein beträchtlicher Geldüberhang existierte. Die Bundesregierung versuchte nicht - wie etwa die Bundesrepublik Deutschland - das Gleichgewicht durch eine einmalige Geldmengenverringerung herbeizuführen - das tat sie auch -, sondern notwendige Preis- und Lohnveränderungen global zu paktieren. 1947 wurde die Ära der "Preis-Lohnabkommen" eingeleitet. Neben der freiwilligen Disziplin der Sozialpartner, waren das Vorhandensein der Bewirtschaftung freilich eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems (Fixpreise).

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Nun kann man über die ökonomische Zweckmäßigkeit dieser Vorgangsweise geteilter Meinung sein - letztlich erwies sie sich auch erfolglos - nicht jedoch über die soziale. Es wurden der großen Mehrzahl der Bevölkerung keine allzu schmerzlichen Opfer zugemutet, die mit einer einmaligen Anpassung nun sicherlich verbunden sind; das Entscheidende aber blieb die Einbindung der Gewerkschaften in die Wirtschaftspolitik auf gleicher Ebene mit den Vertretern der Unternehmer. Damit wurde nicht nur der Grundstein zu der Sozialpartnerschaft, die ja nun zum internationalen Markenzeichen Österreichs geworden ist, gelegt, sondern die Einstellung der Arbeitnehmer zu diesem Staat geprägt, die ihn, weit stärker als in den meisten anderen, als den Ihren betrachten.

Und wenn man somit diese Studie kurz resumieren will, dann könnte man sagen, der Unterschied des jeweiligen Kriegsendes lag darin, daß 1918 ein Ende, 1945 jedoch ein Anfang war!

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Literaturverzeichnis

W. Abelshauser, Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik. In: C. Scharf und H.-J. Schröder, Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, Wiesbaden 1977.

J. Walré de Bordes, The Austrian Crown - Its Depreciation and Stabilization, London 1924.

F. Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, Stuttgart-Wien 1978.

F. Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart-Wien 1985.

J. Garamvölgyi, Otto Bauer zwischen Innen- und Außenpolitik. In: I. Ackerl/W. Hummelberger und H. Mommsen, Politik und Gesellschaft im alten und im neuen Österreich, Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd. 2, Wien 1981.

K. Janovsky, Zehn Jahre tschechoslowakische Außenhandelspolitik. In: Zehn Jahre Nachfolgestaaten. Sonderausgabe einer 20-Jahrfeier des Österreichischen Volkswirts, Wien 1928.

M. Knapp, Deutschland und der Marshallplan. Zum Verhältnis zwischen politischer und ökonomischer Stabilisierung in der amerikanischen Deutschlandpolitik nach 1945. In: C. Scharf und H.-J. Schröder, Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands, Wiesbaden 1977.

St. Koren, Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs. In: W. Weber (Hg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern-heute-morgen, Berlin 1961.

W. A. Lewis, Economic Survey 1919-1939, London 1949.

E. März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913-1923, Wien 1981.

E. S. Mason, The New Approach to the Role of the United States in European Economic Stabilization. In: S. E.

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Harris (Hg.), Foreign Economic Policy for the United States, Cambridge 1948.

P. Meihsl, Die Landwirtschaft im Wandel der politischen und ökonomischen Faktoren. In: W. Weber (Hg.), Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern-heute-morgen, Berlin 1961.

H. Möller, The Reconstruction of the International Economic Order After the Second World War and the Integration of Federal Republic of Germany into the World Economy. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1981).

H. Seidel, Die Außenhandelsabhängigkeit der österreichischen Wirtschaft in Österreich und das Dollarproblem, Wien 1951.

G. Stolper, Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem, München 1920.

J. Tumlir/L. la Haye, The Two Attempts at European Economic Reconstruction After 1945. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 3 (1981).

Anmerkungen:

1) März, 1981, S. 180
2) Janovsky, 1928
3) Meihsl, 1961, S. 555
4) Stolper, 1920, S. 115
5) Butschek, 1985, S. 70
6) Koren, 1961, S. 176
7) Butschek, 1978, S. 112
8) Lewis, 1949, S. 20
9) Garamvölgy, 1981, S. 31
10) Walré de Bordes, 1924, S. 8
11) Möller, 1981, S. 147
12) Tumlir/La Haye, 1981, S. 369
13) Mason, 1948, S. 292
14) Abelshauser, 1977
    Knapp, 1977
15) Seidel, 1951, S. 341

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Arbeitsbuch

(Gesetz vom 26. Februar 1935, RGBl. I S. 311)

Nr 372 /096442

Johann Kreisel

(Vor- und Zuname, bei Frauen auch Geburtsname)

(Wehrnummer)

(Eigenhändige Unterschrift des Inhabers)

Jeder Beschäftigte hatte in der NS-Zeit ein Arbeitsbuch zu führen, in das vom Arbeitgeber Eintragungen, vor allem Dauer und Art der Beschäftigung, erforderlich waren. Für die Lösung eines Arbeitsverhältnisses war meist auch die Zustimmung des Arbeitsamtes erforderlich, was einer Arbeitsmarktlenkung gleichkam.

Quelle: OHA-WISOG, Graz

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Heimkehrer-Entlassungsstelle
Wiener Neustadt

Heimkehrer-Entlassungsschein

Nr. 124

1	[redacted]		
2	Vor- und Zuname	[redacted]	Paul
3	Geburtsdaten	Tag, Jahr: 25.6.17	Ort: Wien Bezirk: —
4	Heimatberechtigt	Ort: Graz	Bezirk: Graz Land: Steiermark
5	Stand (ledig, verh., verw., gesch.)		verh.
6	Beruf		Schneider
7	[redacted]	[redacted]	[redacted]
8	[redacted]	[redacted]	[redacted]
9	Rückkehr aus der Gefangenschaft. Aus welcher, wann gefangen	9.	Juni 45
10	[redacted]		
11	[redacted]		*)
12	Gebühren empfangen	— S —	*)
13	Bekleidung empfangen (Art)		**)
14	Aufenthaltsort (Bez., Land), Anschrift	Graz, Triesterstr. 80	Graz
15	Entlassungstag	am: 9	nach: wie 14
16	Merkblatt Nr. — beigeschlossen		1, 2
17	Entlaust und seuchenfrei		*)
18	Anmerkung		

Wiener Neustadt

Amt der n. ö. Landesregierung
Kriegsgefangenen-Entlassungsstation
Kriegsgefangenenfürsorge

Arzt

Leiter

*) Rubrik 11 und 17 sind vom Arzt zu bestätigen.
**) Nur jene Gebühren und Bekleidungsarten anführen, die von der HK-Entlassungsstelle ausgefolgt wurden.

St. Dr. Lager-Nr. 803. — Österreichische Staatsdruckerei, Verlag (St.) 725 46

Entlassung aus alliierter Kriegsgefangenschaft 1946. Die Österreicher in sowjetischer Kriegsgefangenschaft wurden meist über die Entlassungsstation in Wiener Neustadt geführt und von hier aus entlassen.

Quelle: OHA-WISOG, Graz

© Landesmuseum für Burgenland, Austria, download unter www.biologiezentrum.at

Wer in der Erde wurzelt
kann nicht fliehn-
wenn du heimkehrst, Vertriebener,
schütte die Gräben zu
und sprich den Bannspruch
über den einäugigen Drachen--

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland

Jahr/Year: 1986

Band/Volume: 074

Autor(en)/Author(s): Butschek Felix

Artikel/Article: Die Wirtschaftlichen Konsequenzen des Kriegsendes - Österreichs Wirtschaft 1938 bis 1952. 161-189